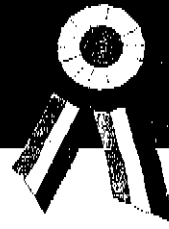


Nordrhein-Westfalen
seit 25 Jahren die soziale Kraft.

Erfahrung
für die
Zukunft.

Wir haben Geburtstag

NRW



**11. ordentlicher Parteitag
14. und 15. Dezember 1991.
Hagen, Stadthalle.**

R E D E

des

Parteivorsitzenden

B j ö r n E n g h o l m

(Abschrift der freien Rede, es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen

Es ist erfreulich, von einem Schleswig-Holsteiner, der seine großen Erfahrungen, die Euch heute nutzen, in Schleswig-Holstein gemacht hat, auf dem Landesparteitag so freundlich begrüßt zu werden, wie eben von Klaus Matthiesen. Daß Klaus dabei natürlich auch noch die Muße hat, mich auf eines der großen momentanen Probleme hinzuweisen, die wir da oben im Norden haben, nämlich die Deponie Schönberg, das zeigt mir, für die Politik gibt es momentan keinen Sonntag. Johannes, darüber haben wir gerade gesprochen.

Ich kämpfe in meinem Heimatland nach vier Jahren Regierungszeit einen nicht leichten Kampf um das Wiederherstellen der Mehrheit in einem bevorstehenden Wahlkampf. Und wer weiß, daß heute Mehrheiten, schon gar absolute Mehrheiten, nicht geschenkt werden, sondern hart erkämpft werden müssen, der weiß auch, was es heißt und wieviel Leistung es bedeutet, 25 Jahre lang in Nordrhein-Westfalen regiert zu haben.

Das ist ein Geschenk. Nicht des Himmels, aber es ist sozusagen das Geschenk von Menschen, die 25 jahrelang Vertrauen in eine Politik ununterbrochen investiert haben. Und man investiert nur Vertrauen in Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn sie astrein sind. Ihr seid eine Partei, die Vorbild ist für ganz Deutschland.

Ich möchte Johannes Rau sehr herzlich zu seiner Wiederwahl gratulieren. In Johannes Rau habt ihr, auch wenn das gelegentlich nicht alle begreifen, einen Regierungschef, der seinesgleichen sucht. Mit Johannes Rau haben wir zugleich einen Repräsentanten, und ich glaube, dies ist das A und O für Politik, der für das, was wir mühevoll in Programmen zu Papier gebracht haben, durch seine Politik, sein Verhalten und sein Leben einsteht. Anspruch und Wirklichkeit sind in der Person von Johannes Rau eine Einheit eingegangen. Und ich denke, das ist eine gute Grundlage für künftige Erfolge, deshalb kann ich zwar nicht wie Du, Johannes, aus der Bibel zitieren, ich bin da nicht so fit wie er. Das hängt damit zusammen, daß ich nicht aus Wuppertal komme. Aber man kann ein altes deutsches Sprichwort nutzen und sagen, wer den Johannes nicht ehrt, ist einer politisch erfolgreichen Zukunft nicht wert.

Ich möchte ein Wort sagen dürfen zu Antje Huber: Antje, du bist Jahrzehnte für unsere Partei tätig gewesen und wirst es im Parteirat weiter bleiben. Wir haben zeitweilig Seite an Seite geackert. Zum Teil stöhnend und schwitzend unter der Knute von Helmut Schmidt im Bundeskabinett, als wir noch in Bonn regierten. Aber, Genossinnen und Genossen, das wird ja wieder in absehbarer Zeit, natürlich 1994, wenn diese Partei es will, und sich am Riemen reißt, so sein, dessen bin ich mir sicher.

Antje Huber muß ich deshalb besonders dankbar sein, weil sie mir in einer außergewöhnlich schwierigen Situation zur Seite gestanden hat. Ich machte damals als ganz, ganz frischer Bundesminister für Bildung und Wissenschaft einen Besuch bei einer großen nordrhein-westfälischen Zeitung. Das Kabinett hatte vorher gerade entschieden, daß mit Mittelstrecken nachgerüstet wird und ich setzte mich in den ersten Tagen meiner Ministerschaft bei dieser Zeitung in ein Pressegespräch und sagte, ich sei für ein Moratorium, das heißt für ein Stillhalteabkommen und nicht für die Nachrüstung. Das war zwei Tage vor der Kabinettsitzung, und als es dann Dienstag oder Mittwoch morgens sechsspaltig in Nordrhein-Westfalen in der Zeitung stand, habe ich gewußt, was mich am Mittwoch in der Kabinettsitzung erwartet. Ich war schon froh, daß mir bis dahin sozusagen die Entlassungsurkunde noch nicht überreicht worden war, aber Schmidt hat das sehr gut gemacht, er hat 20 Minuten am Kabinettschisch, ohne mich eines Blickes zu würdigen und meinen Namen zu nennen, einen Vortrag über die Welt gehalten, wie sie wirklich ist und wie er zu verstehen gab, wie ich sie nicht sehe. Also ich saß ungefähr da, wie ein

Klippschüler, wenn Ihre Vorstellung hat, was das ist. Das ganze Kabinett saß drumrum und hüchte sich eins.

Hüchten heißt sozusagen: Das Kabinett grinste vergnüglich vor Schadenfreude. Die einzige, die sich zu Wort meldete, war Antje Huber, in der Sache, glaube ich, waren wir damals nicht ganz einer Meinung. Aber Antje sagte, sie habe inzwischen gelernt, das diese Nachrüstung etwas sei, was bei uns in breiten Schichten des Volkes kein Verständnis mehr finde. Und sie verwies auf die Erfahrung dieses großen Landesverbandes und zahlreicher Versammlungen. Sie war die einzige in dem gesamten Kabinett, die ein bißchen diesen furchtbaren Druck, den Schmidt ausübte, von mir wegnahm, und ich sag auch, da saßen auch viele ganz linke Mitstreiter am Tisch, aber es war Antje Huber, die mir aus der Klemme geholfen hat. Antje, das war ein so schönes Zeichen der Solidarität, das mußte ich hier einfach erwähnen.

In wenigen Jahren hat sich die Welt mehr verändert, als viele von uns das zu träumen gewagt haben. Die Mauer ist weg, die Gräben sind zugeschüttet, die Deutsche Einheit ist wieder hergestellt, der Warschauer Pakt aufgelöst. Die Atomraketen werden heute zu Tage wirklich verschrottet. Abrüstung hat eine weltweite Chance wie nie zuvor. Darin verkörpert sich ohne daß wir das bis heute richtig als Glück der Geschichte begriffen haben, doch die Sehnsucht von 125 Jahren Kampf deutscher Sozialdemokraten und Männern und Frauen der Arbeiterbewegung. Und ich denke, dieses Pfund sollten wir im Bewußtsein behalten und nutzen. Im Osten Europas, in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in den baltischen Staaten, in den neuen russischen Republiken, wachsen junge Demokratien. Was da passiert, ist in seiner Dimension nur vergleichbar mit der Auflösung des römischen Reiches oder vielleicht noch mit der französischen Revolution. Nicht nur der Kontinent, sondern die Welt ändert ihr Profil. Die, die heute in Bonn regieren, schreiben sich die Leistung für diese ~~iesen~~ Veränderung fast ausschließlich auf ihre eigenen Fahnen. Ich meine aber, wir sollten nicht vergessen, daß es in erster Linie nicht die Regierenden in Bonn waren, die diese großartigen demokratischen Umwälzungen zustande gebracht haben. Die, die es geschafft haben, daß sich der Kontinent so verändert, das waren vor allem ganz normale Menschen.

Was in Prag, in Leipzig, in Danzig/ auf der Leninwerft geschah, das gibt uns das Vertrauen, daß Menschen, wenn sie es nur wollen, ihre Geschicke in der Geschichte selbst in die Hand nehmen und die Welt verändern können. Sie können die Welt weit mehr verändern, als es die Kohls dieser Welt jemals könnten.

Wir dürfen weiterhin nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß es Sozialdemokraten waren, an der Spitze der Regierung Willi Brandt im Jahre 70/71, die sich auf den Weg nach Osten begaben, um die Pforten - die verschlossenen - zwischen Ost und West aufzustoßen. Wenn die Brandts und später die Schmidts und die Raus nicht ein viertel Jahrhundert an der Öffnung zum Osten gearbeitet hätten, wir wären heute nicht so weit, wie wir in Europa gekommen sind.

Die fundamentalen Veränderungen in Europa erfordern heute von uns allen langfristige, neue und fundamentale Anstrengungen. Europa ist heute ein Haus, oder, um im schleswig-holsteinischen zu bleiben, ein Schiff. Wenn dieses Schiff ein großes Leck hat, sei es achtern oder vorn, sei es im Süden, im Norden, im Westen oder im Osten, dann droht das ganze Schiff seeuntüchtig zu werden. Das heißt, unsere Aufgabe ist, denen in Europa, die noch nicht weit genug sind im wirtschaftlichen Aufbau, bei der Demokratisierung zu helfen. Nur so können sie möglichst schnell zu gleichgewichtigen Mitgliedern der neuen europäischen Völkergemeinschaft werden. Ich denke, die erste Aufgabe, die wir dabei zu lösen haben ist die, den Menschen im Osten Deutschlands auf Dauer unsere hilfreiche Hand zu geben. Ich will dazu zwei Bemerkungen machen, weil gerade Ihr in Nordrhein-Westfalen auf diesem Felde die gestandesten Erfahrungen gemacht habt. Wir sehen gegenwärtig und man liest es eben nicht jeden Tag in den Zeitungen, daß in Ostdeutschland riesige alte Industriekomplexe buchstäblich Stück für Stück vor die Hunde gehen. Wir wissen, daß 17 Millionen Menschen in einem so großen Landesteil

Deutschlands auf Dauer nicht ohne eine feste Industriesubstanz leben können, wenn sie nicht dauerhaft Subventionsempfänger der gesamten Volkswirtschaft werden sollen. Deshalb müssen wir den Grundsatz bekämpfen, der in Bonn immer noch vorherrscht, daß plattgemacht wird, was nicht privatisierbar ist. Wir müssen den Satz umdrehen. Wir müssen sanieren, zugunsten von Millionen Menschen, was sanierungsfähig ist. Menschen zu helfen, da haben wir Erfahrung. Ihr habt das hier in Nordrhein-Westfalen bei Kohle und Stahl unter Beweis gestellt. Wir dürfen nicht den Fehler machen, den auch die Blüms und die Kohls und die Möllemanns immer und immer wiederholen, zu glauben, es sei der richtige Weg zu warten, bis Menschen arbeitslos sind und sie dann zu finanzieren. Unser Weg heißt: Wenn wir Geld aufwenden, dann doch um neue Arbeit zu finanzieren und nicht etwa zu warten, bis die Menschen in Not sind und sie dann mit Arbeitslosengeld abzuspeisen.

Und die zweite Aufgabe besteht darin, den wachsenden jungen Demokratien in Osteuropa zu helfen. Wir haben neulich mit Jelzin zusammengesessen und mit Gorbatschow und beide haben gesagt: Wenn es nicht gelingt, in absehbarer Zeit die Not der Menschen etwa in Rußland in Hoffnung umzuwandeln, dann werden die großen Visionen von Demokratie, von sozialer Marktwirtschaft sich dort nicht verwirklichen. Menschen, die keine materielle Unterfütterung für ihre Visionen haben, werden verzweifeln und verzweifelte Menschen sind keine guten Demokraten. Deshalb glaube ich - um es einfach zu sagen - es ist besser, wenn wir heute die europäischen Kühl- und Lagerhäuser öffnen, ~~Über~~ das, was dort mit Milliarden subventioniert liegt und vergammelt, zu den Menschen zu bringen, die es bitter nötig haben. Es gehört aber auch zur Einsicht eines gemeinsamen Europas, daß die Deutschen alleine überfordert wären, würde man nur von ihnen verlangen, den neuen Demokratien Osteuropas zu helfen. Wir haben nicht nur im Innern, sondern auch darüber hinaus bereits mehr Leistungen erbracht als alle anderen Europäer zusammen. Und deshalb glaube ich, wer die Welt auf Dauer friedfertig und demokratisch gestalten will, der braucht eine weltweite Gemeinschaftsanstrengung, damit der Osten Europas zur Demokratie finden kann. Das heißt, auch die Vereinigten Staaten, unser großer Partner und Kanada, aber auch die südost-asiatischen Staaten müssen dazu angehalten werden, nicht nur Märkte in Europa zu erobern, sondern einen Teil ihrer Gewinne zu reinvestieren für die Zukunft der Menschen im Osten dieses Kontinents.

Die dritte große Aufgabe, die vor uns steht und an der - wie ich finde - bisher am kläglichsten versagt wurde, ist die Hilfe für jene Staaten im Süden unserer Erde, die nach wie vor unter unsäglichsten Umständen existieren müssen. Der größte Skandal, den die Welt kennt, ist die Tatsache, daß nach wie vor ein Transfer von den Ärmsten der Armen zu den Reichsten der Reichen stattfindet. Und ich denke, wenn wir diese Schiene nicht umdrehen, wenn wir die Weichen hier nicht anders stellen, dann werden wir eines Tages einer Explosion des gesamten Planeten nicht rechtzeitig entgegenwirken können. Wir müssen begreifen, daß auch die Menschen in den ärmsten Staaten Anspruch auf Würde haben. Schon aus Eigennutz sage ich, wer seinen Kindern und Kindeskindern eine friedliche Welt übergeben will, muß heute anfangen, den Staaten, denen es am dreckigsten geht, am meisten zu helfen. Daran sind wir zu messen. Dafür haben wir Verantwortung.

Ein Vorgeschmack dessen, was passiert, wenn auf diesen Feldern nichts passiert, zeigen uns die wachsenden Zuwandererströme aus allen Teilen der Erde. Das sind politisch Verfolgte, das sind Flüchtlinge, das sind sozial und ökonomisch Deklassierte, das sind auch ökologisch Bedrohte im wachsendem Maße. Alle, die keine andere Chance mehr sehen, machen sich praktisch in Form von ganzen Völkerwanderungen auf den Weg zu den reicheren Orten der Erde. Wir müssen darauf Antworten geben. Und ich will ganz deutlich sagen, ich teile nicht die Auffassung, die wenige in unserer Partei haben, aber relativ viele in der Kirche, die sagen, schließt die Augen und macht die Türen auf für alle Bedrängten dieser Erde. Das ist eine christlich begreifbare, aber eine gesellschaftlich nicht realisierbare Position. Unsere Gesellschaft kann nur soviel Menschen aufnehmen, wie sie unter den Bedingungen dieser Gesellschaft zu integrieren in der Lage ist. Alles andere wäre tödlich.

Ich teile ebenso wenig die Auffassung derer, die sagen, ändert die Verfassung, und macht die Grenzen wieder dicht und laßt die Menschen außerhalb stehen und laßt sie allein mit sich fertig werden. Diese Position verstößt gegen die Moral, die uns die eigene deutsche Geschichte aufgibt. Sie wird mit Sozialdemokraten nicht durchgesetzt werden. Aber die tiefste Abneigung habe ich gegen jene, die glauben, mit Haß und Gewalt gegen Ausländer das Problem in irgendeiner Weise lösen zu können. Und genau so groß ist meine Abneigung gegen jene, die glauben, im politischen Kalkül ihrer Partei mit den Gefühlen von Menschen Schindluder treiben und so künftig Wahlen gewinnen zu können. Wer dies tut, hat nicht begriffen, worum es geht. Ich glaube, es ist nötig, daß wir bei allen unterschiedlichen Positionen in dieser Frage uns immer wieder ins Bewußtsein rufen: Wer zuläßt, daß die Schwelle der Gewalt gegen Ausländer abgesenkt wird, der muß sich fragen: Was ist denn in der eigenen, der deutschen Geschichte passiert, als man Menschenverachtung zugelassen hat. Wer einmal anfängt, die Schwelle der Gewalt gegen eine Gruppe in einem Lande zu senken, der wird sie morgen nicht wieder, wenn es gegen andere Gruppen geht, höher machen können. Das heißt wer heute zuläßt, daß Ausländer geschlagen werden, nimmt in Kauf, daß es morgen wieder Gewerkschaftler, Sozialdemokraten, linke Christen, Humanisten oder jüdische Mitbürger trifft. Die Devise der Stunde lautet: Wehret heute den Anfängen.

Die innere Einheit der Deutschen wirtschaftlich und sozial vollenden, dem Kontinent mit seinen jungen und neuen Demokratien helfen, auch der dritten und der vierten Welt mehr von dem geben, was ihr eigentlich zusteht, das alles ist für uns nur möglich, wenn die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft auf einem dauerhaft hohen Stand gehalten wird. Und das heißt mit anderen Worten, gerade wir Sozialdemokraten werden in unseren wirtschaftspolitischen Anstrengungen für die Zukunft darauf achten, daß die Rahmenbedingungen so gestellt sind, daß wir in Deutschland die besten Produkte, die modernsten und ökologisch verträglichsten Produktionsverfahren/sowie einen optimalen Service und was immer zu einer guten Wirtschaft gehört, bei uns in Deutschland zu Hause haben werden.

Und ich denke, wir werden sehr sorgfältig bei den neuen Aufgaben, die Johannes Rau und Rudi Dreßler und andere mit mir gemeinsam im Präsidium zu erledigen haben, darauf achten, daß wir Deutschen nicht die Augen schließen vor den weltweit wachsenden Herausforderungen. Wenn heute in den Zeitungen auf den Wirtschaftsseiten zu lesen ist, von den zehn größten Schiffsherstellern der Welt sind sieben in Japan beheimatet, dann müssen wir aufwachen und wir müssen uns fragen: Welche Forschungstechnologie und welche Industriepolitik brauchen wir in der Zukunft?

Wenn ich mit jungen Leuten in meinem Bundesland rede, fragen sie mich nicht, wie denn ihre Rente später aussehen wird, sondern sie fragen mich als erstes: Kannst Du mir zusichern, daß ich in dieser Volkswirtschaft einen sicheren Arbeitsplatz finden werde? Sie fragen auch, wie entwickeln sich die Weltmärkte? Was rätst Du mir, was soll ich tun, damit ich dauerhaft als Arbeitnehmer oder als Arbeitnehmerin meinen Lebensstandard/verteidigen kann?

Das heißt unsere Partei wird in den kommenden Jahren die führende und kompetente Partei in Wirtschaftsfragen werden. Denn das, was die "Schwarzen" uns vormachen mit dem Laisser-faire, dem Laufenlassen von Problemen in der Wirtschaft, das lehnen wir ab, das werden wir nicht mitmachen.

Wir - Genossinnen und Genossen - werden eine bessere Wirtschaftspolitik machen.

Ich will dabei einem Mißverständnis in der Debatte entgegenwirken. Die Konservativen und dieser Müllemann, der ja wohl auch aus Eufem schönen Land stammt, sagen, Wirtschaftspolitik ist im wesentlichen eine Geschichte, die ausschließlich von Unternehmen und vom Markt gemacht und reguliert wird. Dies ist falsch. Eine moderne und erfolgreiche Wirtschaft kann nur dann modernisieren und erfolgreich sein, wenn die staatlich vorgegebenen wirtschaftsnahen Infrastrukturen stimmen. Welches Unternehmen baut sich seine Schulen selbst? Welches Unternehmen baut sich seine Straßen

selbst? Welches Unternehmen unterhält die Museen dieses Landes? Das heißt: Erst wenn beides funktioniert - die Wirtschaft und der Staat, gemeinsam in guter Abstimmung - haben wir eine Chance in der Zukunft, unseren wirtschaftlichen Status in der Welt zu erhalten. Deshalb ist wichtig zu wissen: Die wirtschaftsnahe Infrastruktur wird nicht in Bonn geschaffen, sie wird geschaffen in Hagen und im Regierungsbezirk und in Wuppertal, in Kiel und in Lübeck und im Hamburger Randgebiet. Eine Bundesregierung, die die Taschen der Gemeinden und der Länder ständig weiter ausplündert, setzt uns nicht in die Lage, die infrastrukturellen Leistungen für die Menschen dieses Landes so zu erbringen. Nur so aber können wir erfolgreich sein. Auch die Steuerpolitik muß sich dieser Erkenntnis fügen und wir werden denen in Bonn weiterhin Beine machen.

Herr Möllemann war kürzlich auf einer Unternehmervorstandstagung in Schleswig-Holstein. Er hat sich dort über die großen Branchen, die, wie wir wissen, ohne Subventionen des Staates nicht überlebensfähig sind, in einer - wie ich finde - miesen Art und Weise ausgelassen. Daß er sich bei uns besonders die Bauern vorgeknüpft und Kohle und Stahl nur mit einem Nebenwort erwähnt hat, ist besonders pikant. Wer so, wie die Möllemänner dieser Bundesregierung, über menschliche Schicksale und Traditionen redet, als sei es eine Frage, die man am Markt verscherbeln könnte wie Blutwürste und Kochtöpfe, der hat nicht begriffen, was menschliche Würde in einem Revier wie hier oder auf Werften wie in Schleswig-Holstein oder auf Bauernhöfen bedeutet. Solche Leute müssen so schnell wie möglich von der Regierung entfernt werden.

Laßt mich drei kurze Bemerkungen machen zu innenpolitischen Themen.

Der Grundsatz, daß sich reiche Leute einen armen Staat leisten können, aber daß die, die schwächer sind, einen reichen Staat benötigen, wird nirgendwo so deutlich, wie in der Frage einer modernen sozialen Daseinsvorsorge. Wie unfähig diese Regierung in Bonn ist, auf die großen Herausforderungen eine Antwort zu finden, zeigt sich nirgendwo deutlicher als am Beispiel der Pflegeversicherung. Ich sage ganz deutlich, daß Hermann Heinemann und Rudolf Dreßler uns alle auf diesen Weg gebracht haben und wir jetzt der Bundesregierung Beine machen werden. Dies ist für dieses Jahrzehnt eine der wenigen wirklichen sozialen Taten, von denen wir sagen können: Da sind wir ganz weit voranmarschiert und wir haben eine Gruppe im Auge, die es so nötig hat, wie keine andere Gruppe in unserer Gesellschaft. Es handelt sich dabei immerhin um fast zwei Millionen Menschen. Darunter sind viele Menschen, die wissen alle, die aus der kommunalen Praxis kommen, die ihr Leben lang gearbeitet und geschuftet haben, die eine gute Rente nach Hause getragen haben, aber die feststellen, selbst eine gute Rente reicht nicht aus, einen Pflegeplatz zu finanzieren.

Wenn Menschen, die 35 Jahre lang alles, was sie konnten in ihr Arbeitsleben investiert haben, am Lebensende als Pflegefall Taschengeldempfänger sind, dann sage ich: Dies ist einer reichen Gesellschaft unwürdig und wir werden das ändern.

Ich will an einem zweiten Problem deutlich machen, daß diese Regierung, im Gegensatz zu den großen Traditionen unserer Partei, die elementaren sozialen Herausforderungen nicht begreift. Es ist noch nicht einmal 3 Jahre her, da sprach diese Bundesregierung davon, daß Deutschland mit Wohnungen und Wohnraum voll versorgt sei. Mehr noch, man sei überversorgt. Heute wissen wir, daß das größte und bedrückendste Problem für eine wachsende Zahl von Menschen das Wohnungsproblem ist. Ich sage deshalb deutlich, wer glaubt, er kann das Wohnen von Menschen, ähnlich wie irgendein anderes materielles Produkt, dem ökonomischen Markt zur Selbstregelung überlassen, mit der Folge, daß die Schwächsten in unserer Gesellschaft von dem Karussell des Marktes runtergeschmissen werden, der hat nicht begriffen, daß zum Grundbestandteil von menschlicher Würde auch das Recht auf anständiges Wohnen gehört. Wir müssen deshalb durchsetzen, daß in diesem Lande das Recht auf Wohnen in die neue Verfassung aufgenommen wird.

Ich glaube, dazu gehört ein Tatbestand, den wir in den vergangenen Jahren ein wenig aus den Augen verloren haben. Wer in die neuen Länder schaut, und am dramatischsten ist es in Berlin, wo Grund und Boden nun mal nicht vermehrbar ist, wer also dahin schaut, wird feststellen, daß es dort Leute gibt, die zur rechten Zeit ein Grundstück für ein Ei und ein Butterbrot erworben haben und es nun, ohne einen Handschlag dafür getan zu haben, mit eintausend-, dreitausend-, fünftausend-, zehntausendfachem Gewinn wieder verscherbeln, also mit einer ungeheuren Spekulation Gewinn machen. Dazu sage ich, wir müssen die Diskussion über mögliche und notwendige Instrumente zur Wegsteuerung von Spekulationsgewinnen wieder öffnen. Denn so geht das nicht weiter.

Genossinnen und Genossen, ich weiß, daß Ihr noch gewichtige Themen auf diesem Parteitag zu behandeln habt, ich werde mich deshalb etwas kürzer fassen. Laßt mich trotzdem einige abschließende Bemerkungen zu dem machen, was unsere Partei und mich als Parteivorsitzenden sehr beschäftigt. Eine Gesellschaft und eine Welt, in der neue Herausforderungen zu beantworten sind, erfordert eine Partei, die sich nicht nur inhaltlich, sondern auch von ihrer Struktur her auf diese neuen Aufgaben einstellt. Dazu will ich vier kurze Bemerkungen machen.

1. Ich glaube und bin fest davon überzeugt: Unsere alte Mutter Sozialdemokratie muß sich öffnen. Sie muß sich öffnen bei allem Sachverstand, der in unseren Reihen schon vorhanden ist. Unsere Partei muß sich auch dem Sachverstand öffnen, der außerhalb unserer Partei vorhanden ist. Wir mögen alle klug sein, auch alle, die hier oben sitzen. Aber wir vereinen in uns nur einen Bruchteil des Wissens, das man braucht, um heute wirklich kluge Lösungen für die Zukunft finden zu können. Deshalb meine ich, der Sachverstand außerhalb der Partei, der Sachverstand aus Wirtschaft, aus Gewerkschaften - wo unglaublich viel Branchenkenntnisse zu Hause sind -, aus Wissenschaft muß Zugang und Eingang in die Debatten unserer Partei finden; wir alle können so nur gewinnen. Wir müssen die Partei aber auch für junge Leute öffnen. Für junge Leute, die heute weit davon entfernt sind, unser Parteileben als besonders attraktiv zu empfinden. Wir können uns doch nicht auf den Standpunkt stellen, die jungen Leute sind selbst daran Schuld. Wir müssen uns deshalb fragen, was können wir tun, damit der Nachwuchs wieder zu uns kommt und sagt: Bei Euch möchte ich meine politische Heimat und politische Zukunft finden.
2. Wir sollten unsere Kräfte mehr auf das Lösen von Problemen konzentrieren als auf die Beschäftigung mit uns selbst. Erhard Eppler hat neulich in einer kleinen Ansprache zu seinem 65. Geburtstag, den wir in Bonn feierten, gesagt: Es sei wohl richtig, daß 90 % der Politik darin bestünde, sich mit Personen, unter Personen und gegen Personen auseinanderzusetzen und sich nur zu 10 % auf die Sache zu konzentrieren. Dies ist ein unglaublich unökonomisches Verhältnis. Deshalb ist meine Auffassung: Wir sollten uns nicht untereinander und gegeneinander profilieren, sondern unsere Profilsucht darauf konzentrieren, besser zu sein als der politische Gegner, der zur Zeit noch in Bonn regiert. Besonders schön wäre es, wenn die Häuptlinge in der großen sozialdemokratischen Partei immer im Bewußtsein hätten, daß sie nur so lange Häuptlinge sind, wie die Indianer bereit sind, sie als Häuptlinge zu tragen und nicht umgekehrt.
3. Unsere Partei muß, mehr als die Christdemokraten und weit mehr als die Liberalen, ein Vorbild sein. Sie muß Vorbild sein, weil sie eine programmatische Partei mit großen moralischen und ethischen Ansprüchen ist. Das heißt: Wenn die Sozialdemokratie anders handelt als sie spricht, dann kostet das bei uns fünfmal mehr Vertrauen als bei den Liberalen - von denen erwartet man nichts anderes. Aber, das heißt auch, mit Versprechen vorsichtig zu sein. Klaus Matthiesen hat mich gelehrt, nach Möglichkeit nicht mehr in ein Programm zu schreiben, als man in einer befristeten Zeit auch wirklich einlösen kann. Lieber etwas weniger in ein Programm reinschreiben, lieber etwas weniger versprechen, aber das wenigere dann auch wirklich durchsetzen und halten. Wenn Anspruch und Umsetzung ganz eng zusammenkommen, dann werden die Leute sagen: Das

ist eine Partei, der traue ich. Klafft das aber weit auseinander, dann wird der Vertrauensschwund auch unsere Partei in großem Maß erreichen - das können wir nicht wollen. Was das im einzelnen bedeutet, das kann man an dieser furchtbaren Debatte in Hamburg sehen. Hier ist die Bodenhaftung buchstäblich verlorengegangen. Hier hat der große Anspruch von Bescheidenheit und Beherrschung im praktischen Alltag der Parlamentarier keine Entsprechung gefunden hat.

Wo einmal die Bodenhaftung buchstäblich verlorengegangen ist, wo der hehre Anspruch von Bescheidenheit und Beherrschung im praktischen Alltag der Parlamentarier keine Entsprechung gefunden hat, kann ein Thema eine ganze Regierung an manchen Rand treiben. Und von daher glaube ich, wir werden mit Bescheidenheit und Beherrschung, mit der Identität von Anspruch und Entsprechung eine Partei sein, auf die man schaut. Denn wir machen gegenwärtig - gottlob - weit weniger Fehler in dieser Hinsicht als die Regierenden.

Und viertens. Bei aller Notwendigkeit zur Öffnung und zum Dialog mit anderen Gruppen in der Gesellschaft, diese Partei wird nie vergessen, woher sie geschichtlich kommt, in wessen Auftrag sie vor allem arbeitet/und für wen sie da ist. Und das heißt konkret, wenn die Bodenhaftung zu den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, im Saarland verlorengeht, wenn ein Spalt käme zwischen die tragenden Kräfte der großen deutschen Arbeiterbewegung - Gewerkschaften und Sozialdemokratie - dann wären unsere Tage gezählt. Daß uns dies nicht passiert, dafür stehe ich. Das Volk weiß, bei aller Veränderung, die wir vornehmen müssen, eins bleibt dafür Leitlinie: Die, die uns groß gemacht haben, werden auch in Zukunft im Zentrum unserer Bemühungen und unserer Politik stehen.

Genossinnen und Genossen, Ihr in Nordrhein-Westfalen habt am deutlichsten gezeigt, daß sozialer Strukturwandel möglich ist. Und Ihr habt gezeigt, daß ein sozialer Strukturwandel humaner, und letztlich auch ökonomischer ist, als der orthodoxe Weg der Liberalen und Fundamentalisten der C-Parteien, die das alles über den kalten Mechanismus des Marktes abspulen wollen. Ich glaube, und das ist keine Übertreibung, daß hier in Nordrhein-Westfalen viele Maßstäbe gesetzt worden sind, Maßstäbe für die ökologische Umrüstung der Industriegesellschaft, für die soziale Dimensionierung des Fortschritts und für die Bodenhaftung von Politikern und ihre Bindung an das Volk, das sie gewählt hat. In diesem Sinne glaube ich, mit Carlo Schmid sagen zu dürfen, Ihr habt allen Anlaß, Euer Licht nicht unter, sondern auf den Scheffel zu stellen. Nicht großspurig, nicht prahlerisch, aber mit dem Selbstbewußtsein einer 25 Jahre lang erfolgreich regierenden Partei in einem erfolgreichen Land. Ihr seid nach meiner Einschätzung ein starkes Stück Deutschland. Und Ihr seid ein starkes Stück SPD. Und ich wünsche Euch - und werde daran mitwirken - , daß das so bleibt.



**11. ordentlicher Parteitag
14. und 15. Dezember 1991.
Hagen, Stadthalle.**

R E D E

des

Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
F r i e d h e l m F a r t h m a n n

Genossinnen und Genossen,

die Diskussion über die Berichte eben ist ja doch erfreulicherweise sehr grundsätzlich geworden, und deswegen tut es mir leid, daß ich Euch jetzt noch einmal mit einem Bericht der Landtagsfraktion ankomme. Das Parteitagstribunal sieht das vor. Ich will es auch so kurz wie möglich machen und verweise Euch alle auf den Euch vorliegenden schriftlichen Bericht, in dem in sehr ausführlicher Weise über die Arbeit der Fraktion berichtet worden ist, auch über die einzelnen Arbeitskreise und empfehle Euch aber auch wirklich ihn gelegentlich zur Hand zu nehmen. Denn es tut einem manchmal leid, wieviel Arbeit da investiert wird, wenn man sich das überlegt, daß das nur sozusagen für die Aktenlegung ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den ersten eineinhalb Jahren dieser Legislaturperiode eine schwierige Phase hinter uns. Die Mitglieder der Fraktion wissen, daß ich ihnen im Sommer 1990, vor fünf Viertel Jahren, einen Brief geschrieben habe. Damals hatte ich angedeutet, daß wir nach meiner Einschätzung vier wichtige Themen vor uns haben in der ganzen Legislaturperiode. Das waren die Themen Kindertagesstättengesetz, Braunkohlentagebau, Schulpolitik, Schulorganisation und Kommunalverfassung. Und diese vier Themen haben in der Tat alle vier, Johannes hat schon darauf hingewiesen, in diesem Herbst und in diesem Sommer Entscheidungen erfordert. Deswegen standen wir unter einer erheblichen Strapaze. Aber ich glaube, wenn wir die Bilanz vornehmen, dann sieht sie gar nicht schlecht aus. Was das Kindertagesstättengesetz anbetrifft, darauf ist vorhin schon eingegangen worden in den Erörterungen, dann kann man, glaube ich, sagen, daß wir das heute auf einen guten Weg gebracht haben. Es war zunächst etwas schwierig, hat auch ein paar Anfangsprobleme gegeben, und wir hatten schon so etwas kurz vor der Sommerpause die Angst, daß diese größte finanzielle Leistung, zu der wir in dieser Legislaturperiode in der Lage sind, da braucht man sich keine Illusionen machen, so was können wir nicht wiederholen, das dies zu einem Desaster werden würde. Es gab eine massive Kritik, und es hat Demonstrationen gegeben. Wir haben aber noch wirklich die Kurve gekriegt, und es sind einige Verbesserungen durchgeführt worden. Ich glaube, daß der Entwurf, so wie er jetzt ist, auf weite Zustimmung stößt und ich glaube, er bringt das, was wir im Wahlkampf versprochen haben, nämlich 125.000 neue Kindergartenplätze in dieser Legislaturperiode, als Angebot. Das ist natürlich für einige Kommunen, je nach ihrem Stand, gar nicht einfach; das wissen wir auch. Da wollen wir auch gar nicht drängen und kritisieren. Aber das Land hat das seinerseits Erforderliche getan oder wird tun, was wir im Wahlkampf versprochen haben und was der Ministerpräsident in der Regierungserklärung gesagt hatte. Das zweite war der Braunkohlentagebau Garzweiler II. Es hat Leute gegeben, die gesagt haben, das wird die schwierigste Entscheidung der ganzen Legislaturperiode. Und diese Entscheidung ist als Leitentscheidung auf den Weg gebracht, mit einer gewissen Beschränkung des Abbauvolumens mit erheblichen, auch finanziell aufwendigen Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Umweltschutzes. Wir können heute sagen, daß diese Leitentscheidung vertretbar ist und deswegen die Handlungsfähigkeit der Landesregierung in diesem wichtigen Punkt unterstrichen hat. Der dritte Punkt ist die Schulorganisation. Kienbaum-Gutachten. Auch das ist schon gesagt worden. Aber die Landesregierung und die Fraktion haben das getan, was sie jetzt tun konnte. Wir haben ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, auch im großen Einvernehmen.

Daran wird das Ein oder Andere noch zu korrigieren sein. Heute morgen waren die Vertreter der Abendrealschulen hier. Mit denen müssen wir noch sprechen, denn es muß auch klargestellt werden, daß wir am Angebot des zweiten Bildungsweges überhaupt nicht rütteln und nichts davon abstreichen lassen, aber das wir in der Frage der Organisation vielleicht mehr nachdenken müssen. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten geschehen, und wir wollen auch noch über andere Punkte, auch über die haushaltsrechtlichen Auswirkungen noch reden müssen. Aber im Grunde sind wir auch da voll in der Zeit. Der vierte Punkt ist der schwierigste Punkt, das ist die Kommunalverfassung und dazu will ich weiter gar nichts sagen, denn das ist ja das, was dieser Parteitag zu entscheiden hat.

Da hat es natürlich manche Enttäuschung gegeben über das, was erwartet worden ist, auch teilweise was angekündigt worden ist, auch teilweise ohne Widerspruch in der Partei angekündigt worden ist. Aber ich glaube, wir müssen hier in aller Deutlichkeit sehen, wir als Fraktion sind auch dazu bereit. Mehrheit ist Mehrheit, und das gilt selbstverständlich auch für innerparteiliche Willensbildung. Wir werden ja morgen sehen, was beschlossen wird und wir werden dann entsprechend handeln. Wir haben eine Klausurtagung extra zu dem Zweck gemacht, waren aber der Meinung, daß wir als Fraktion nicht berechtigt wären, sozusagen auf Vorgaben zu gehen, sondern daß das die Partei in den Bezirken und jetzt auf Landesebene entscheiden muß.

Genossinnen und Genossen, alles das findet statt unter allerschwierigsten finanziellen Bedingungen. Ich will Euch dazu nur eines sagen: Die amtliche Steuerschätzung, also keine SPD-Zahl, sondern die amtliche Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres hat erbracht, daß in der Zeit von 1991 bis 1994 die öffentlichen Hände insgesamt 103 Mrd. DM Mehreinnahmen haben werden.

Durch den Wirtschaftsaufschwung, aber auch durch Steuererhöhungen 103 Mrd. DM Mehreinnahmen in diesen vier Jahren, für alle öffentlichen Hände. Das ist schon ein kräftiger Schluck aus der Pulle. Nur, wenn man sich jetzt anguckt, wer das kriegt, dann wird es ganz schlimm. Da stellt sich nämlich heraus, daß nach der amtlichen Steuerschätzung der Bund 80,8 Mrd. bekommt, die neuen Länder auf dem Gebiet der früheren DDR 17,1 Mrd., die Kommunen in den neuen Ländern 3,1 Mrd. und die Europäische Gemeinschaft 11,1 Mrd. Und wer jetzt im Geiste mitgerechnet hat, der hat gemerkt, das sind schon viel mehr als 103 Mrd.

Da zeigt sich nämlich das, was kommt, der Pferdefuß. Aus dieser amtlichen Steuerschätzung ergibt sich nämlich, daß die alten Bundesländer, also wir, 6,9 Mrd. weniger kriegen in diesen Jahren, und die Kommunen hier bei uns 1,9 Mrd. nominell weniger kriegen.

Genossinnen und Genossen, das ist eine katastrophale Zahl. Die Aufgaben für Kommunen und Länder steigen ständig. Wenn mehr Menschen hier zuwandern, aus den verschiedensten Gründen, brauchen wir Kindergartenplätze, Plätze in den Schulen, wir brauchen mehr Altenheime, alles das, das wißt ihr alles besser als ich. Ständig steigende Aufgaben und zurückgehende öffentliche Einnahmen. Wir haben inzwischen eine neue Steuerschätzung von November '91, deren neue Zahlen ich noch nicht genau kenne, die aber die Relation in vollem Umfange bestätigen. Und, Genossinnen und Genossen, deswegen habe ich bei der dritten Lesung des Haushaltes für '91 schon im Landtag erklärt, daß allmählich wir in der Situation sind, daß die Autonomie von Ländern und Kommunen bedroht ist, wenn das so weitergeht. Wir haben keinen Spielraum mehr, wir stehen im wahrsten Sinne des Wortes finanziell mit dem Rücken an der Wand. Wir werden finanziell stranguliert und sind nicht mehr politisch handlungsfähig, wenn das so weiter geht. Und, Genossinnen und Genossen, ich kenne ja die - es ist leider nicht zu beklatschen, sondern zu bedauern - ich kenne ja die Kritiken der Kommunen, die auch von uns verlangen: Warum kriegen wir nicht mehr Geld? Und sie haben Recht. Sie müssen mehr Geld haben. Wir möchten ihnen auch mehr Geld geben, wenn wir es hätten. Deswegen geht es jetzt nicht nur um eine Erhöhung der öffentlichen Einnahmen bei der Steuerrückfrage, sondern es geht vorrangig auch um eine andere Verteilung der öffentlichen Einnahmen. Wir müssen dafür sorgen, daß Länder und Kommunen in deutlich höherem Maße als bisher an den öffentlichen Einnahmen beteiligt werden, sonst ist der Föderalismus und ist die kommunale Selbstverwaltung nur noch auf dem Papier und das müssen wir verhindern, Genossinnen und Genossen.

So, nun will ich das letzte sagen: Wir haben am 8.12. ja ein Jubiläum gefeiert, denn am 8. Dezember vor 25 Jahren war Heinz Kühn zum ersten Mal als Ministerpräsident gewählt worden. Das war ein gelungenes Fest, das wird jeder sagen, der dabei war. Nur, liebe Genossinnen und Genossen, ein

gelungenes Fest ist noch keine gelungene Politik. Deswegen kommt es darauf an, daß wir den Schwung, den wir alle empfunden haben bei diesem Fest am vorigen Sonntag, daß wir davon ein bißchen mitnehmen in die politische Arbeit und in den politischen Alltag. Ich möchte mir wünschen, daß davon etwas spürbar würde auf dem Parteitag und auch in unserer Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten. Denn es war schwer genug in den vergangenen Monaten - und alle Mitglieder unserer Fraktion werden mir das bestätigen. Nicht nur, daß wir kein Geld haben, nicht nur, daß sich die Anforderungen unheimlich konzentrierten, sondern wir haben eine Opposition, bei der die persönliche Beleidigung und Geschäftsordnungstricks das politische Programm ist. Es gibt keine ernsthafte Alternative in der Sache, sondern das ist das, was uns immer wieder geboten wird, gestern in besonderem Maße. Genossinnen und Genossen, und deswegen müssen wir aufpassen. Und natürlich sieht jeder, der seine Augen offen hat, die Gefahren, die darin bestehen, daß es nach drei absoluten Mehrheiten immer schwerer wird. Deswegen ist für uns, und auch für unsere Fraktion und für unsere Partei, der Mai 1995 die Stunde der Wahrheit. Wir haben alle Arbeit darauf zu richten, daß wir diese Stunde der Wahrheit bestehen. Und ich warne vor dem, was man gelegentlich hört, wenn gesagt wird, es gibt ja sowas wie Erneuerung in der Opposition. Ich kann das überhaupt nicht bestätigen. Wenn wir uns die CDU in Nordrhein-Westfalen angucken, dann sieht man, daß man in der Opposition sich nicht erneuert, sondern immer tiefer sackt. Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen sage ich, wir setzen nicht auf Erneuerung in der Opposition, sondern wir setzen auf Erneuerung in der Verantwortung. Das muß unsere Marschrichtung sein. Dazu gehört auch weiter ein ständiger Prozeß, eine ständige Herausforderung, dazu gehört, daß wir auch weiter handlungsfähig bleiben in Nordrhein-Westfalen. Dazu kann auch dieser Parteitag einen Beitrag leisten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein herzliches Glückauf!